

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagsnummer 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2188. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezogener
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmaß 14)
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtl. 1 mm
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zweizeiliger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und diese Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörn, Bretzig, Hauswalbe, Horn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 302

Dienstag, den 30. Dezember 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

Allgemeine Ortskrankenkasse Pulsnitz

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß die Beiträge zur Krankenversicherung mit Wirkung vom 29. Dezember ab von 6 auf 5 1/2 v. S. herabgesetzt worden sind. Beitragstabellen können an Kassenstelle entnommen werden.

Emil Garten, Vorsitzender.

Mittwoch, den 31. Dezember 1930, vormittags 11 Uhr, sollen in Pulsnitz, Restaurant zum Bürgergarten

1 Schreibmaschine (Remington), 1 elektr. Motor 1 PS, 1 Büfett,
105 Meter Markisenstoff, 100 Meter blauer Körper, 40 Meter
Segeltuch, 1 Konversations-Perikon, 1 Schreibmaschine (Mignon),
700 Stück Zigarren

meißelnd gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 30. Dezbr. 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Anzeigen haben im Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Reichskanzlerreise in die Ostprovinzen

In Begleitung der Minister Treviranus, Girtzinger und des Reichsbankpräsidenten

Nationalsozialisten und die Regierungsbildung

Reichskanzler Dr. Brüning, der in den Weihnachtstagen nach Badewiller gefahren ist und dort bis etwa 3. Januar bleibt, wird am 4. Januar von Berlin aus eine Reise in die östlichen Provinzen antreten. Diese Reise dient der Vorbereitung des Ostprovinzengesetzes, das von der Reichsregierung Mitte Januar im Reichstagsrat beraten werden soll. Der Reichskanzler wird auf seiner Reise von den Ostkommissaren, dem Reichsminister Treviranus und dem preussischen Wohlfahrtsminister Girtzinger, begleitet. Außerdem werden der Reichsbankpräsident Dr. Luther zur Erörterung von Kreditfragen und der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dörpmüller, zur Erörterung von Verkehrsfragen an der Reise teilnehmen.

Die Reise geht zunächst nach Königsberg. Es wird dann ein Teil von Ostpreußen im Auto besucht, darunter die Städte Elstertal, Heidenburg, Lyda und Marienwerder. Von Marienwerder fährt der Reichskanzler direkt nach Schlesien, wo in der Hauptsache die Städte Ratibor, Gleiwitz und Oppeln und zum Abschluß der Reise Breslau besucht werden. Die Reise endet am 11. Januar. Erst im Anschluß an diese Reise des Reichskanzlers beginnen in Berlin wieder die Beratungen des Kabinetts.

Schwere Monate stehen bevor.

Der Reichskanzler zur Jahreswende.

Reichskanzler Dr. Brüning nimmt in einer Veröffentlichung zur Jahreswende Stellung und erklärt, auch dieses Jahresende treffe das deutsche Volk bei der Erkenntnis, daß es schwere Monate durchzumachen haben werde. Die Weltwirtschaftskrise, die alle Staaten (Frankreich nicht) erfährt habe, treffe es besonders hart. Wille, Selbstsucht und Bereitschaft zum gemeinsamen Tragen könnten und würden uns helfen. Wenn wir die schlimmen Zeiten benutzen, um Mißbräuche abzustellen, die sich in unfer gesellschaftliches, politisches und soziales Leben eingeschlichen hätten, wenn wir

nötige Reformen

heute unter dem Druck der Not kraftvoller antreiben, dann zögen wir die rechten Lehren. Der Reichskanzler schließt seine Erklärungen: „Und wenn wir jetzt, wo uns gemeinsames Schicksal die engste Verbundenheit aller Schichten und Stände deutlich bewirkt, uns als ein Volk fühlen lernen, dann werden zugleich die feilschen Kräfte lebendig, die die besten Bürgen einer schöneren Zukunft sind.“

Vorwürfe gegen den Führer

der Wirtschaftspartei.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Wirtschaftspartei sind jetzt dadurch in ein neues Stadium getreten, daß Material aus der Denkschrift, die seinerzeit der Abgeordnete Colosser gegen den Parteivorstandenden Drowitz verfaßte, und die den einzelnen Organisationen der Wirtschaftspartei zugeleitet wurde, veröffentlicht wird. In der Denkschrift wird dem Abg. Drowitz der Vorwurf gemacht, daß er von der Deutschen Mittelstandsbank, dem Bankinstitut der Partei,

aus Wahlgelbern Aktien im Betrag von 100 000 RM für eigene Zwecke gekauft

habe. Drowitz habe dann — als der Betrag für die Wahl fehlte — die Aktien bei der Bank beiseite, so daß die Partei in die Abhängigkeit des eigenen Bankinstituts geraten sei. Weiter wird Drowitz der Vorwurf gemacht, er habe Parteigelber zum Bau von Gebäuden in der Einrichtung seiner Villa in Mahlsdorf verwandt, ohne die Genehmigung der Parteiführung zu haben. Weitere Punkte

der Denkschrift beziehen sich auf den Verlust einer größeren Summe von Parteigelbern bei der Zwangsversteigerung des Grundstücks seines Schwiegervaters.

Am Montag trat der Parteivorstand der Wirtschaftspartei im Reichstag zusammen, um sich mit den gegen den Parteiführer Drowitz neuerdings erhobenen Vorwürfen zu beschäftigen. Abgeordneter Drowitz erklärte, daß die in der Denkschrift Colossers gegen ihn enthaltenen Vorwürfe unwahr seien.

Nationalsozialisten und Regierungsbeteiligung

Berlin. Zu der kürzlich von der „DZ“ angeschnittenen Frage einer etwaigen Regierungsbeteiligung Hitlers äußert sich nunmehr der „Völkische Beobachter“ grundsätzlich. Das Blatt schreibt hierzu u. a.: In verschwiegenen Gemächern herrscht eine immer heftigere Aufregung, da man die kommende unvermeidliche Abrechnung deutlich herannahen sieht. Daher jetzt verschiedene Bemühungen, die „Hitlerpartei“ „einzufügen“, etwa in die sog. „nationale Front“ (so als zweitletzte) oder sie vernunftgemäß zu leiten und was dergleichen Ausdrücke für die Bemühungen, uns unschädlich zu machen, mehr sind. Da wir unbefangenen sind, das Wohl der deutschen Gesamtheit im Auge zu haben, so werden wir jeden Ratsschlag prüfen, jeden guten Rat beherzigen, gleich von welcher deutschen Persönlichkeit er stammt. Aber mit dem „Einfügen“ und mit dem „Beteiligen“ ist es vorüber. Gewisse Leute und Gruppen meinen noch immer, sie müßten regieren wenn es mit rechts nicht ginge, so eben mit links. Diesen sagen wir, Druckfehler zu korrigieren ist mit einer Sendung der NSDAP, denn diese Herren müssen gar nicht regieren, vielmehr sind sie schon lange abbaureif, ja mehr als das. Es steht für die Zukunft nicht zur Debatte, ob man Hitler sich mit beteiligen lassen oder mit wem Hitler einst regieren wird. Also genau mit umgekehrten Rollen. Deshalb kommt auch die Koalition auf Grund des jetzigen Reichstages nicht mehr infrage. Die Herren wollten im Herbst nicht in der Hoffnung, die „nationalsozialistische Fieberkurve“ würde wieder zurückgehen. Das Gegenteil ist der Fall. Die nationalsozialistische „Gesundungskurve“ ist weiter im Ansteigen. Wir fordern deshalb als erste Tat des Jahres 1931 die Auflösung des Reichstages und des preussischen Landtages.

Neujahrskundgebung des Reichskriegerbundes

Der Deutsche Reichskriegerbund Kyffhäuser, der mit seinen in 30 000 Vereinen zusammengeschlossenen 3 Millionen Mitgliedern der Welt größter Bund ehemaliger Soldaten ist, weist in der diesjährigen Neujahrskundgebung seines Vorstandes zunächst auf die verstärkte innere Zwietracht, die unerhörte Bedrückung der Deutschen in den abgetrennten Gebieten und die wachsende Wirtschaftskrise, die das vergangene Jahr durch die uns auferlegten Tributen gebracht hat, hin. Im weiteren Verlauf der Neujahrskundgebung wird mit freudiger Genugtuung festgestellt, daß sich im vergangenen Jahre endlich ein Aufblühen gegen all die Schmach bemerkbar gemacht hat, die dem deutschen Namen und seinem Ansehen in der Welt angetan wird.

Der Kyffhäuserbund und seine Mitstreiter werden auch im neuen Jahre mit Zuversicht und frischer Kraft für deutsche Sitte, deutsche Art, deutsche Ehr' und deutsche Wehr eintreten und alles daransetzen, um Deutschlands Erneuerung zu fördern.

Die Schicksalsfrage für 1931.

Der deutschnationale Parteiführer äußert sich zum Jahreswechsel über die politische Lage folgendermaßen:

„Das Jahr 1931 wird außenpolitisch den Kampf um die Revision der unhaltbaren Friedensdiktate, innenpolitisch den Kampf um die endgültige Beseitigung des marxistischen Einflusses auf Regierung und Verwaltung im Reich, Ländern und Gemeinden bringen. Die sich ständig fortsetzende Zermürbung der Mittelparteien und die in den Wahlen nach dem 14. September in Erscheinung getretene entscheidende Schwächung der Sozialdemokratie führt die von mir angestrebte Entscheidung zwischen rechts und links ihrer Lösung entgegen.“

Die Schicksalsfrage für das Jahr 1931 wird sein, ob es der nationalen Opposition gelingen wird, den entscheidenden politischen Kurswechsel zu erzwingen. Sonst steht zu befürchten, daß angesichts der Abhängigkeit der Regierung Brüning von der Sozialdemokratie die anscheinend ins Auge gefaßte Aufrollung der Revisionenfrage genau so in Halbheit enden wird wie die bisherige Politik. Sonst steht ferner zu befürchten, daß die Sozialdemokratie unter Duldung des Zentrums Preußen und seine Polizeimacht immer mehr zu einem Machtmittel des Marxismus ausgestaltet. Das Jahr 1930 hat mit dem Young-Plan einen weiteren Niedergang der Wirtschaft und eine weitere Verelendung der Massen des Volkes gebracht. Nur der von der nationalen Opposition erstrebte Kurswechsel kann verhüten, daß uns das Jahr 1931 einen weiteren Schritt zum Abgrund bringt.“
gez. Eugen Berg.

Beamtenchaft und Handwerk.

Dieser Tage fand im Bundeshaus des Deutschen Beamtensbundes auf Veranlassung des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks eine Aussprache statt zwischen den Vertretern des Deutschen Beamtensbundes und Vertretern der Spitzenverbände des Handwerks. Die Vertreter des Handwerks brachten ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, daß zwischen den beiden Berufsständen Mißbilligkeiten überhaupt entstanden seien und verurteilten jede unverantwortliche Hege gegen das Beamtentum. Eine große Konkurrenz entstände dem Handwerk durch die beamtenwirtschaftlichen Einrichtungen. Trotz aller Schwierigkeiten sei das Handwerk bereit, die eingeleiteten Maßnahmen der Reichsregierung zur Senkung der Preise weitestgehend zu unterstützen und habe auch bereits Preisentungen in beachtlichem Umfang vorgenommen.

Die Vertreter des Deutschen Beamtensbundes erklärten, die deutsche Beamtenchaft bringe dem Handwerk durchaus Verständnis entgegen. Das Abstreifen des Handwerks von der Hege gegen die Beamten werde von der Beamtenchaft lebhaft begrüßt.

Generalleutnant a. D. Graf von der Goltz f.

Potsdam. Seine Excellenz Generalleutnant a. D. Graf von der Goltz ist im 86. Lebensjahre gestorben. Der Verstorbene war ein Sohn des vormaligen Kommandeurs des 1. Garderegiments zu Fuß. Beim Gardejägerbataillon machte er als Premierleutnant die Schlacht von St. Privat mit. Später wurde er Bataillonskommandeur der Gardefüsiliers, im Jahre 1889 Kommandeur des Gardejägerbataillons, dann als Oberst Kommandeur der 32er in Meiningen und als General Brigadeführer der 22. Brigade in Breslau. 1900 wurde er pensioniert und siedelte zuletzt im Jahre 1922 in seine alte Vaterstadt Potsdam über.

Ferner verstarb in Potsdam der allgemein beliebte Oberst Paul Wolff im 89. Lebensjahre. Er gehörte zu den Gründern der Potsdamer Ortsgruppe der Deutschen Kolonialgesellschaft und war Mitkämpfer von 1866, 1870-71, sowie Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. Klasse. Seine Werke, die er als Pionier verfaßt hatte, wurden stark beachtet und gewürdigt.